



Wahlprogramm Die Linke.Rhein-Sieg

Stand 06. März 2009

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Soziales.....	5
2.1. Sozialpass	5
2.2. Sozialticket.....	6
2.3. Ein-Euro-Job	6
2.4. Enthinderungspolitik.....	7
3. Bildung.....	9
3.1. Gesamtschulen im Rhein-Sieg-Kreis.....	9
3.2. Ganztagsbetreuung	10
3.3. Kindertagesstätten	10
3.4. Weitere Forderungen.....	11
4. Ökologie.....	12
4.1. Naturpark Siebengebirge	12
5. Verwaltung modernisieren	13
5.1. Direkte Demokratie ausbauen	13
5.2. Kommunale Vorsorge/Kommune als Dienstleisterin	14
6. Wirtschaft.....	15
6.1. Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge.....	15
6.2. Regionale Wirtschaftskreisläufe	16
6.3. Öffentlich-geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS).....	16
6.4. Demokratie im Unternehmen.....	17
7. Frieden	19
8. Kultur	20
8.1. Grundlagen	20
8.2. Schwerpunkte	20
8.2.1. Breitenkultur	20
8.2.2. Migration	21
8.2.3. Schwerpunkt Jugendkultur	21
8.3. Forderungen	21
9. Migrationspolitik	23
10. Antifaschismus	25

Vorläufiges Kreiswahlprogramm

Impressum:

Verantwortlich:	Michael Otter Am Abtshof 58 53721 Siegburg	Kontakt:	Uwe Groeneveld Kolpingstr. 38 a 53773 Hennef
Autoren:	Andreas Danne Dietmar Fiessel Uwe Groeneveld Volkmar Herpertz Wolfgang Huste Ralf Kurtsiefer Olaf Lüken Andreas Naylor Christa Pfeiffer Michael Otter Martin Schliemann Herbert Schübel	Redaktion	Dietmar Fiessel Michael Otter Eckart Rüter

1. Vorwort

Eine neue Partei tritt im Rhein-Sieg-Kreis an. DIE LINKE.

Und obwohl wir eine neue Partei sind, verfügen wir über viele Jahrzehnte Parlamentserfahrung auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene. Denn viele Menschen haben zu uns gefunden, weil sie mit ihrer alten politischen Heimat nicht mehr zufrieden waren. Darüber hinaus verfügen die Mitglieder der Linken über eine hohe soziale Kompetenz, die sie tagtäglich in Verbänden, Vereinen und Ehrenamt beweisen.

In dem nun vorliegenden Wahlprogramm der Partei DIE LINKE.Rhein-Sieg haben die Mitglieder unserer Partei in Arbeitsgruppen und mit Unterstützung von Fachleuten erarbeitet und beschlossen. Es konzentriert sich auf die für uns wichtigsten und vordringlichen Themen im Rhein-Sieg-Kreis und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Programm geht von der gegenwärtigen politischen Situation im Rhein-Sieg Kreis aus, die wir für sozial ungerecht und verbesserungsnotwendig halten.

Es verfolgt nicht nur das Ziel, Missstände zu beseitigen, sondern es soll auch einen Beitrag dazu leisten, die Gesellschaft nach den Grundsätzen von Gleichheit, Gleichberechtigung und Demokratie weiter zu entwickeln. Da sich die wirtschaftliche Lage auch in unserer Region wieder erheblich verschlechtert, werden wir die Prioritäten unserer politischen Ziele immer wieder an die Erfordernisse anpassen.

Für die Partei Die Linke. liegt der Schwerpunkt auf folgenden Forderungen:

- Einführung eines Sozialpasses,
- Einführung eines Sozialtickets,
- Einführung weiterer Gesamtschulen,
- Stärkung der Natur im Naturpark Siebengebirge,
- Einführung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors

Ein Wahlprogramm ist für die Partei DIE LINKE. keine statische und in Beton gegossene Formel.

Wir bitten deshalb alle interessierten Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung unserer sozialen und gesellschaftlichen Ziele mitzuwirken.

2. Soziales

2.1. Sozialpass

Menschenwürde achten – Sozialraub stoppen!

Millionen von Menschen in Deutschland leben in Armut. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben - auch in sehr bescheidenem Rahmen - ist vielen Menschen nicht mehr möglich. Auch im Rhein-Sieg-Kreis ist Armut kein Phantom. DIE LINKE.Rhein-Sieg möchte mit der Einführung eines Sozialpasses diesem Umstand Rechnung tragen. Nicht erst seit Hartz IV ist auch im Rhein-Sieg-Kreis die Zahl der Bedürftigen erheblich gestiegen, nicht nur Arbeitslose, auch Alleinerziehende, wenig Verdienende und viele Menschen in Rente leben in prekären Lebenssituationen.

Wir wollen erreichen, dass keine Ausgrenzung der sozial Benachteiligten stattfindet. Allen Menschen muss die Möglichkeit geboten werden, am gesellschaftlichen Leben im Rhein-Sieg-Kreis teilzunehmen. Der Zugang zum sozialen und kulturellen Alltagsleben muss insbesondere Kindern geöffnet werden. Es muss allen Menschen mit geringem Einkommen (wie Menschen in Ausbildung oder Rente) möglich sein, kulturelle, sportliche und bildungsrelevante Veranstaltungen zu besuchen. Herabwürdigende Situationen und Stigmatisierung, wie sie bereits beim Vorzeigen eines amtlichen Bescheids entstehen, werden beim Vorzeigen eines einheitlichen Sozialpasses für ALLE vermieden.

Der **Sozialpass** soll jedem Menschen, der beim Sozialamt, der ARGE oder in den Jobcentern als bedürftig gefördert wird oder ein Einkommen erhält, das Netto Euro 1.280 nicht übersteigt (siehe auch die Forderung der Linken auf Bundesebene zum Mindestlohn), kostenlos ausgestellt und zur Verfügung gestellt werden. Bei einer grundsätzlichen Laufzeit von einem Jahr kann der Sozialpass auf Antrag und nach Prüfung verlängert werden. Er soll personenbezogen sein um möglichen Missbrauch auszuschließen. Bei Bedarfsgemeinschaften werden alle betroffenen Mitglieder mit einem Sozialpass ausgestattet, sofern sie nicht aus anderen Gründen bereits entsprechende Vergünstigungen beziehen. (z.B. Schulausweis, etc.) Der Bezug des Sozialpasses muss kostenfrei sein. Er macht es möglich, dass Menschen mit Sozialpass in vielen öffentlichen, kulturellen und sozialen Bereichen Ermäßigungen bis zu 50 % erhalten, damit sie die entsprechenden Angebote wahrnehmen können. Der Sozialpass ist damit dem Status Ausbildung, Studium, Bundeswehr oder Zivildienst, oder Rente gleichgestellt.

Die Einführung eines **Sozialpasses** ist nicht teuer und belastet den Haushalt nicht übermäßig. Natürlich ist soziale Solidarität nicht umsonst. Und natürlich kann die Antwort auf die Frage, wer das bezahlen soll, nur lauten: **Alle!** Die Gesellschaft muss bereit sein, für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen einen kleinen Teil ihres Reichtums abzugeben. Es muss nur der Personenkreis der Berechtigten für Ermäßigungen (z.B. Behinderte, Wehrpflichtige, Sozialrentner) ausgeweitet werden.

Zudem handelt es sich bei den meisten betroffenen Einrichtungen um Einrichtungen der öffentlichen Hand, die bereits von der Allgemeinheit finanziert werden.

DIE LINKE.Rhein-Sieg fordert die Einführung eines Sozialpasses mit folgenden Vergünstigungen:

- ermäßigte Gebühren für Büchereien, Fortbildungen und Veranstaltungen in der VHS oder ähnlichen Bildungseinrichtungen,
- ermäßigter Eintritt bei Sport- und Kulturveranstaltungen, in Museen und Freizeiteinrichtungen
- Preisnachlass beim Besuch von Schwimmbädern,
- deutliche Ermäßigungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), siehe 2.2 Sozialticket
- ermäßigter Zugang zu Sportvereinen und Kulturvereinen,
- sozialverträgliche Energietarife
- für Hartz IV Bedarfsgemeinschaften ist zweimal im Jahr auf Antrag Kostenbeihilfe für Sonderausgaben wie Kleidung, Kühlschrank, Möbel usw. ausuzahlen.

2.2. Sozialticket

Fördern und Fordern lautete das Credo der Bundesregierung bei der Einführung von Hartz IV. Gefordert wird, dass Menschen die ALG II empfangen, Mobilität bei dem Bemühen um eine Arbeitsstelle zeigen. Gefördert wird faktisch nicht. Zwar hat ein Mensch mit ALG-II Anspruch auf Fahrgeld, aber allein bürokratische Hürden verhindern oft den Bezug.

Während der Bundesgesetzgeber im Jahr 2006 den Pauschalbetrag für die Beförderung bei Hartz IV von Euro 19,20 auf Euro 15,43 im Monat senkte, wurden die Preise für die Personenbeförderungen beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) um ca. 18 % bis 2009 erhöht.

Die Linke.Rhein-Sieg fordert:

Der VRS führt ein Sozialticket als Monatsticket ein. Fahrtberechtigt sind alle, die einen Sozialpasses besitzen (siehe 2.1 Sozialpass, Einkommen max. Netto Euro 1.280).

Der Kaufpreis für das verbundweit (Grenze Rheinland-Pfalz bis Leverkusen) gültige Ticket beträgt für den Berechtigten Euro 15,43. Der Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Kosten und den Euro 15,43 wird für Menschen mit Hartz4-Anspruch von der ARGE (für die Mobilitätsforderung zur Jobsuche) aufgefüllt. Für nicht Vermittelbare übernimmt der Kreis die Differenz.

Mit Einführung des Sozialtickets behält auch ein Mensch mit berechtigtem Anspruch auf Hartz IV seine soziale und private Mobilität.

2.3. Ein-Euro-Job

Da immer mehr Menschen auf Leistungen nach den SGB II (Hartz IV) angewiesen sind, ist in den letzten Jahren ein massiver Ausbau von Ein-Euro-Jobs erfolgt. Die Konsequenz führte zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen, wie z.B. Alten- und Pflegeheime, Kindergärten, Bauhöfe, aber auch Betriebe im Garten- und Landschaftsbau ergreifen gerne die Möglichkeit, Ein-Euro-Stellen zu schaffen, da auch sie mittlerweile dem Diktat der Gewinnmaximierung unterliegen. Vielen gut ausgebildeten ErzieherInnen oder AltenpflegerInnen werden nur noch Ein-Euro-

Jobs angeboten, nachdem zuvor ihre regulären sozialversicherungspflichtigen Stellen wegrationalisiert wurden. Folglich kommt es auch zu keinen Übernahmen durch die Träger. Dies steigert die Perspektivlosigkeit durch Ein-Euro-Jobs und verhöhnt die erbrachten Leistungen der betroffenen Menschen.

Eine weitere arbeitspolitische Folge von Ein-Euro-Jobs ist das einsetzende Lohndumping, da die regulären sozialversicherungspflichtigen Jobs nun der Billigkonkurrenz – also der Ein-Euro-Jobs – ausgesetzt sind. Dies führt wiederum zu massivem Arbeitsplatzabbau z.B. bei den Pflegeberufen oder im Garten- und Landschaftsbau.

Der gute Ansatz, Menschen wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen und zu integrieren, wird so auf den Kopf gestellt. Gleichsam wird der Grundsatz, dass die Tätigkeiten im öffentlichen Interesse liegen und keine regulären Arbeitsplätze gefährden sollen, geradezu ad absurdum geführt.

Was Hartz IV und die teilweise entwürdigende Behandlungen auf den ARGE n mit den Menschen macht, kann man daran sehen, das es trotz allem Betroffene gibt, die einem Ein-Euro-Job positive Seiten abgewinnen: für ein paar Monate können sie zumindest über ein bescheidenes Zubrot verfügen. Auch ist für viele Betroffene die Aufnahme von sozialen Kontakten wieder eine positive Erfahrung, zudem entgehen sie in der Zeit den Nachstellungen der ARGE. Das menschliche Grundbedürfnis nach einer ausfüllenden Tätigkeit und dem Gefühl, gebraucht zu werden wird auf perverse Art und Weise ausgenutzt.

Die Linke.Rhein-Sieg fordert das Ersetzen der „Ein-Euro-Jobs“ durch unbefristete sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Denn es kann nicht sein, das vorne Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden und sie hinten dann als rechtlose Billiglöhner wieder hereingeholt werden. Als Gegenkonzept schlägt Die Linke.Rhein-Sieg den öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) vor, s. 6.3 Öffentlich-geförderter Beschäftigungssektor.

2.4. Enthinderungspolitik

Immer noch werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt

Laut Grundgesetz (GG) Art. 3 Abs.3 darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Daher hält Die Linke.Rhein-Sieg die Behindertenpolitik für ein Thema, welches in viele Politikfelder einfließt und das Ziel hat, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

Die Linke.Rhein-Sieg setzt sich für die Umsetzung der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen auf kommunaler Ebene ein. Seit der Verabschiedung der UN-Konvention im Dezember 2006 besteht das Recht auf eine integrative Schule. Deutschland hat die Konvention am 30. März 2007 unterzeichnet, und sich nach Artikel 24 verpflichtet, ein inklusives (alle Menschen einbeziehendes) Bildungssystem auf allen Ebenen bereit zu stellen. Die Linke steht für eine schnelle Umsetzung der Zielvereinbarungen Land NRW und den Kommunen in NRW, dass in den Städten und Gemeinden die Barrierefreiheit durch den öffentlichen Träger - in öffentlichen Gebäuden, im öffentlichen Raum, als auch im ÖPNV - weiter und behindertengerechter ausgebaut und gefördert wird. Im Rahmen der kommunalen Befugnisse setzen wir uns für das Recht auf individuelle Zuwendung, also Leistungserbringung im Interesse von Menschen mit Behinderungen ein, insbesondere bei Kürzungen von trägerübergreifenden persönlichen Budgets, welche nur mit ausdrücklichem Einverständnis der

Kreiswahlprogramm

Betroffenen zulässig sind. Die Linke.Rhein-Sieg ist gegen jegliche Form der Diskriminierung von behinderten und nicht behinderten Menschen, ob jung oder alt, ob mit und ohne Migrationshintergrund.

DIE LINKE.Rhein-Sieg fordert:

- eine Verbesserung der Frühförderung behinderter Kleinkinder;
- den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten;
- mehr integrative Kindergärten und Schulen, damit behinderte und nicht behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können;
- die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum für selbstständig lebende Menschen mit Behinderungen in zentraler Lage und eine Gewährung von höherem Wohnraumsanspruch für Behinderte mit ALG II-Bezug, damit Zwangsumzüge vermieden werden können;
- die Beseitigung oder Verhinderung von Zwangshindernissen und Barrieren; jegliche Neu- und Umbauten von öffentlichen Gebäuden, Straßen, Innen- und Außeneinrichtungen insbesondere, Schulen, medizinische Einrichtungen, Arbeitsstätten und möglichst auch sozialen Wohnungsbauten sollen barrierefrei konzipiert werden;
- Arbeitsbeschaffungs- bzw. Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung von behinderten Menschen ins Berufsleben;
- Volle Erfüllung der Quoten von Behinderten an der Gesamtbelegschaft in der kommunalen Verwaltung und in kommunalen Betrieben. Auch bei der Vergabe von Aufträgen an private Betriebe ist die Erfüllung der Quote Bedingung; eine Ersatzzahlung für nicht besetzte Arbeitsplätze für Behinderte ist abzulehnen;
- Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste, sowie die Teilhabe an der gesundheitlichen Versorgung des Kreises und der Gemeinden;
- die finanzielle Weiterführung und künftige Erhaltung der Versorgungsverwaltungen im Rhein-Sieg-Kreis;
- Angebote zur Fortbildung und Qualifizierung werden für die kommunalen MitarbeiterInnen, um Verständnis und Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten;
- barrierefreie Wahllokale in NRW;
- Bei Bedarf und nach Anmeldung werden Rats- oder Ausschusssitzungen durch Gebärdenübersetzung begleitet;
- Wandprojektoren sind für Ratssäle und Ausschusssäle zu installieren und zu verwenden;
- Bei besonders frequentierten Ratssitzungen und Ausschüssen sind Induktionsschleifen zu installieren.

3. Bildung

Die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Menschen hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ab – also von der Möglichkeit, sich zu bilden und an der Kultur dieser Gesellschaft teilzuhaben. Bildung ist keine Ware sondern ein Menschenrecht. Das Recht auf Bildung gehört ins Grundgesetz. Die Linke fordert die Verwirklichung dieses Grundrechts für alle Menschen, unabhängig von Nationalität, Geschlechtszugehörigkeit, sozialer Lage oder körperlicher und geistiger Verfasstheit. Es geht um eine demokratische, sozial gerechte und emanzipative Bildung für alle – von Kindheit an und ein Leben lang. Es geht um ein gemeinsames Lernen für eine Gesellschaft, die auf Solidarität und Toleranz basiert. Es geht um die Idee einer Schule für alle. Es geht darum, Menschen in ihrer Verschiedenheit zu akzeptieren und sozial wie kulturell bedingte Nachteile im gesamten Lebensprozess auszugleichen.

3.1. Gesamtschulen im Rhein-Sieg-Kreis

Wie ein Ritual werden regelmäßig die schwachen Ergebnisse deutscher Schulen in internationalen Vergleichsstudien beklagt. In NRW fürchten die Eltern die Auswirkungen der Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung. Die einen sehen die verbindliche Schulempfehlung der Grundschulen als soziale Ausgrenzung. Für die anderen ist die dilettantische Umsetzung der Schulzeitverkürzung der Gymnasien (G8) eine Zumutung. Sie fürchten, dass ihre Kinder als Opfer abgeschult (d.h. Abschiebung auf Haupt- oder Realschule) werden. Daher fordern Eltern z.B. aus Siegburg, Sankt Augustin und Alfter die Einrichtung weiterer Gesamtschulen.

DIE LINKE.Rhein-Sieg unterstützt die Gesamtschulinitiativen im Rhein-Sieg-Kreis und stellt der gegenwärtigen Schulpolitik das Konzept des gemeinsamen Lernens entgegen.

Die Vorteile sind:

- Gleiche Chancen für alle
- Keine Abschlusung
- Die Schwachen lernen von den Starken
- Die Starken profitieren durch ihre Hilfe, indem sie ihr Wissen vertiefen
- Bessere schulübergreifende Ressourcennutzung

Das Konzept schließt die Einbeziehung der Sonderpädagogik ein.

Die Linke.Rhein-Sieg fordert:

- die Einrichtung weiterer Gesamtschulen im Raum Siegburg, Alfter und Königswinter/Bad Honnef ggf. in Trägerschaft des Kreises. Dazu ist der Kreis aufgefordert, mit der Stadt Bonn eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung einer 4. Gesamtschule in Bonn zu erstellen.
- darüber hinaus sieht Die Linke.Rhein-Sieg die Notwendigkeit, die Kapazitäten der bestehenden Gesamtschulen auszubauen.

3.2. Ganztagsbetreuung

Ein wesentliches Problem der Bildung ist die fehlende Betreuung von Kindern und Jugendlichen am Nachmittag. Diese Funktion wird auf Grund des Druckes der finanziellen Existenzsicherung durch die Familien oftmals nicht mehr wahrgenommen. Dieses Problem wird zwar für den Kindergarten und Grundschulbereich meistens akzeptiert, aber für die weiterführenden Schulen immer noch ignoriert.

Dabei darf es keine Hürden für die Nutzung der Ganztagsbetreuung geben. Gerade Schülerinnen und Schüler in kritischen Lebensumständen benötigen eine intensive Betreuung über die normale Schulzeit hinaus.

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- kostenloses, gesundes und warmes Mittagessen für Kinder in der Ganztagsbetreuung, (einschließlich Kita und Grundschule)
- Sicherstellung der finanziellen Ausstattung der Offenen Ganztagsbetreuung
- Schaffung eines Netzes von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muss ein Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche sein, in dem Kultur, soziale Kompetenz und Demokratie unmittelbar erlern- und erlebbar sind.

3.3. Kindertagesstätten

Trotz gesetzlicher Regelung gibt es immer noch Probleme bei der Versorgung mit Plätzen in Kindertagesstätten. Die Gründe sind die fehlende personelle Ausstattung, die noch mal durch das neue Landesgesetz KiBiz verschärft wurden. Sowie die fehlende Garantie bzw. begrenzte Garantie bei der Versorgung von Kindern unter drei Jahren. Flexible Lösungen für berufstätige Eltern sind nicht ausreichend vorhanden. Diese Ergebnisse einer verfehlten Politik stellen ein Hindernis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar.

Die Linke sieht daher die Lösung in der Stärkung der frühkindlichen Förderung d.h. in einem weiteren Ausbau der Kindertagesstätten weg von der Verwahrung hin zu Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus soll der Zugang zu Kindertagesstätten von Anfang an einfacher werden.

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- Ausbau und verstärkte finanzielle Förderung des Angebotes von Krippenplätzen für unter Dreijährige
- Verbesserung der finanziellen Förderung bezüglich der Flexibilität von Betreuungsangeboten von über Dreijährigen
- bei der Kindergartenplatzwahl soll der Arbeitsort als Kriterium berücksichtigt werden.
- arbeitsplatznahe Kindergärten für berufstätige Eltern
- Öffnungszeiten sind den Bedürfnissen arbeitender Eltern anzupassen.
- Förderung des Demokratiebewusstseins und sozialer Kompetenz (z.B. Kinderparlament)
- Ausweitung der Integration von Sonderpädagogik
- Weiterbildung und Supervision für die pädagogischen Fachkräfte

3.4. Weitere Forderungen

Die Schule ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Kinder unterschiedlicher Herkunft wollen lernen. Auch hier gilt das Grundgesetz, dass allen Menschen die gleichen Rechte unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft zustehen. Schule muss daher diskriminierungsfrei sein.

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- Unterstützung bei kulturellen Besonderheiten von Eingewanderten
- Integrative Maßnahmen für Eingewanderte, z.B. sozialpädagogische Beratung
- Alle Schulkinder erhalten Schulbücher und sonstiges Schulmaterial kostenlos. Die Beschaffung und Verteilung der Bücher wird durch die jeweiligen Schulen organisiert.
- Ein kostenloses Schulticket für alle Kinder, zumindest aber für Kinder aus Familien der unteren Einkommensgruppen bzw. Hartz IV
- für Die Linke.Rhein-Sieg ist wichtig, dass auch in den Schulen des dreigliedrigen Schulsystems integrative Klassen (Sonderpädagogik) eingerichtet werden. Dazu sind die Schulen barrierefrei zu gestalten.
- Individuelle Unterstützung von Kindern je nach Lernbedürfnis
- mehr Mittel für die Instandhaltung der Schulgebäude

4. Ökologie

4.1. Naturpark Siebengebirge

Der Schutz der Natur hat für Die Linke.Rhein-Sieg Vorrang. Maßnahmen, die den Schutz verbessern, finden daher die Zustimmung der Linken. Die Idee im Siebengebirge ein Nationalpark einzurichten, wirft aber viele Fragen auf.

- Mit 4.700 ha Fläche ist das vorgesehene Gebiet nur halb so groß, wie es nach den internationalen Vorgaben für einen Nationalpark sein müsste.
- Das vorgesehene Gebiet wird von der Autobahn A3, der ICE Trasse und sieben wichtigen Landstraßen durchzogen. Nach den Vorgaben für einen Nationalpark müssten diese Verkehrswege zurückgebaut werden. Der lang gezogene Nationalpark würde den Rhein-Sieg-Kreis von Bonn-Holzlar bis an die Grenze zu Rheinland-Pfalz bei Bad Honnef verkehrstechnisch in zwei Teile zerschneiden. Mehr als siebzigtausend Menschen werden abgeriegelt. Ein entsprechendes Verkehrskonzept fehlt.
- Die Befürworter erhoffen sich eine Stärkung des Tourismus. Es fehlt ein Konzept, wie dies umweltverträglich erfolgen soll. Dagegen soll die Nutzung als Erholungsgebiet für die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis eingeschränkt werden, um einen Anstieg von Besuchen durch Touristen zu kompensieren. Für das Naherholungsgebiet fehlt jeglicher Ersatz. Auch hier fehlt weitgehend ein entsprechendes Verkehrskonzept.
- Ungeachtet dessen wird in dem vorgesehenen Gebiet weiterhin neues Bauland ausgewiesen.

Die Linke.Rhein-Sieg bezweifelt, dass mit dem Vorhaben eines Nationalparkes der Naturschutz gestärkt werden soll. Vielmehr stehen wirtschaftliche Interessen, z.B. steigender Tourismus, im Vordergrund. Alleine die Investitionen für den Nationalpark werden auf Euro 60 Mio. geschätzt. Eine Verschlechterung des derzeitigen Stands des Naturschutzes ist mit den Linken nicht zu machen.

Die Linke.Rhein-Sieg fordert:

Der Naturschutz im bisherigen Naturpark Siebengebirge soll unter Verzicht auf einen Nationalpark verbessert werden. Dazu kann auch gehören, dass weitere Flächen geschützt oder einzelne Wege zurückgebaut werden.

5. Verwaltung modernisieren

5.1. Direkte Demokratie ausbauen

DIE LINKE.Rhein-Sieg setzt sich dafür ein, dass die Mitwirkung und die Entscheidungsbefugnis der EinwohnerInnen in der Kommunalpolitik gestärkt werden. Direkte Demokratie und Transparenz sind für uns die Mittel der Wahl. In Bund und Land setzt sich DIE LINKE für eine entsprechende Gesetzgebung ein.

Kommunalpolitik handelt in einem engen Korsett, das durch die Rahmenbedingungen vieler Landes- und Bundesgesetze geschnürt ist. In den Kommunen gilt es daher, die Gestaltungsspielräume zu nutzen.

Bereits die bestehende Rechtslage bietet Mitwirkungsmöglichkeiten, deren Umsetzung jedoch auch im Rhein-Sieg-Kreis häufig durch lokale Regelungen behindert wird, während es in einigen Kommunen durchaus einwohnerInnenfreundliche Ansätze gibt. DIE LINKE.Rhein-Sieg strebt einwohnerInnenfreundliche Standards im Kreis und in allen Kommunen an.

DIE LINKE.Rhein-Sieg setzt sich dafür ein:

- die neuen Kreis- und Gemeindeordnungen zu nutzen, denn sie eröffnen die Möglichkeit, den Menschen vor Ort bestimmte Fragen zum Entscheid vorzulegen.
- die Geschäftsordnungen von Kreistag und Räten so zu gestalten, dass den Einwohnerinnen und Einwohnern die direkte Mitwirkung möglich ist. Dazu gehören besonders die Mitberatung in den öffentlichen Ausschusssitzungen und generelle Fragestunden vor den Sitzungen der Gremien.
- dass die EinwohnerInnenanregung (nach §24 GO und §21 KrO), im Volksmund gern Bürgerantrag genannt, zu einem allgemein genutzten Instrument der demokratischen Mitwirkung wird. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass die EinwohnerInnen mit ihren Anliegen ernst genommen werden und sie selbst vorstellen und mitberaten können.
- Kinder- und Jugendparlamente zu schaffen oder deren Bildung zu unterstützen. Sie sollen eigenständig arbeiten und Vorschlagsrecht an den Rat haben.
- für kommunale Einrichtungen und in den ARGEn Betroffenenbeiräte zu schaffen oder deren Bildung zu unterstützen, um auch dort eine unmittelbare demokratische Mitwirkung zu ermöglichen.
- einen "Einwohnerhaushalt" nach dem Vorbild von Köln Porto Allegre einzuführen. Ziel ist es, einen Jahreskreis von Einwohnerbeteiligungen zu etablieren, in denen Verwaltung und Einwohner den Haushaltsentwurf erarbeiten, der dann dem Rat vorgelegt wird.

5.2. Kommunale Vorsorge/Kommune als Dienstleisterin

Die Linke. tritt dafür ein, dass sich die Verwaltung zu einer Dienstleistungsverwaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt. Deshalb wollen wir

- eine ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkatalogs der Verwaltung entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
- die Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle und die Schaffung von Möglichkeiten der Einflussnahme auf Verwaltungshandeln durch Bürgerinnen und Bürger;
- ein transparentes, also nachvollziehbares Verwaltungshandeln, was die Gewährleistung von Informations- und Akteneinsichtsrechten einschließt;
- eine radikale Vereinfachung und Ausrichtung der Verwaltungsabläufe an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner;
- einen deutlichen Ausbau der Effektivität der kommunalen Dienste,
- zusätzliche Einrichtung von dezentralen Anlaufstellen, mehr Möglichkeiten Behördengänge durch Internetnutzung zu ersetzen,
- eine Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen aus der Öffentlichkeit als willkommene Handlungsimpulse und nicht als Störfaktoren wahrgenommen werden.

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- die Einführung zusätzlicher Rhein-Sieg-Servicepunkte im ganzen Kreisgebiet, damit Kreisangelegenheiten vor Ort erledigt werden können, um sich zeitraubende und kostspielige Anfahrten ersparen können
- Die Einführung mobiler Rhein-Sieg-Servicepunkte für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen, damit diese Menschen ihre behördlichen Angelegenheiten vor Ort und mit Unterstützung von Mitarbeitenden der Kreisverwaltung erledigen können.
- Überprüfung aller Anträge und Vorlagen im Rhein-Sieg-Kreis auf Vereinfachung
- Die Bereitstellung einer telefonischen Service-Hotline für BürgerInnen, falls sie Fragen zu behördlichen Angelegenheiten haben und Hilfe benötigen

6. Wirtschaft

6.1. Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge

Gegen Privatisierung, für die Stärkung öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge

Immer mehr Städte und Gemeinden geben ihr „Tafelsilber“ aus der Hand. Öffentlicher Wohnraum, Schwimmbäder, die Wasser- und Energieversorgungsunternehmen werden verkauft, der öffentliche Nahverkehr privatisiert. Das bringt zwar kurzfristig Geld in die Stadtkasse und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern aber langfristig nicht nur jeglichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit, sondern führt erfahrungsgemäß zu Verteuerungen.

Wir kämpfen für starke öffentliche Unternehmen! Wir stellen uns gegen Privatisierungen. Wohnungsbau, Wasser-, Gas- und Stromversorgung, Sparkassen und Telekommunikation müssen in der Hand der demokratischen Öffentlichkeit bleiben oder zurückgeführt werden. Nur so gibt es demokratische Möglichkeiten der Gestaltung. Zum Wohle Aller und nicht nur Weniger!

Wir treten für eine Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen und der Energieversorgung sowie für eine Übernahme der Energienetze in die öffentliche Hand ein.

Die Linke.Rhein-Sieg fordert:

- **Keine Privatisierung der kommunalen Gas-, Wasser- und Stromversorgungsunternehmen**
Energie- und Wasserversorger gehören in öffentliche Hand. Gewinnmaximierung bei Versorgungsunternehmen, wie dies z.B. von Fondsbetreibern (sog. Heuschrecken) vorgegeben wird, fördert eine ungerechte Verteilung von Ressourcen, die für viele nicht mehr bezahlbar ist und die öffentliche Versorgung dauerhaft gefährdet.
- **keine Privatisierung von Verkehrsbetrieben**
Der öffentliche Nahverkehr wird gestärkt wenn er in Besitz des Rhein-Sieg-Kreises bleibt. Gesunde Nachtruhe kann erreicht werden, wenn der Kreis seine Anteile am Flughafen Köln/Bonn erhöht.
- **keine Privatisierung des Gesundheitswesens**
Krankenhäuser dürfen keinen Gewinn auf Kosten der Kranken erzielen. Ärztliche Versorgung muss auch in ländlichen Gebieten erhalten bleiben.
- **keine Privatisierung von Sparkassen und anderen öffentlichen Kreditinstituten**
Sparkassen sollen dem Wohl der Bevölkerung dienen und müssen durch diese auch kontrolliert werden.
- **Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus**
Jede Form der Privatisierung kommunaler Wohnungsbaubestände muss verhindert werden.
- **Rekommunalisierung von öffentlichem Eigentum dort**, wo es von kurzsichtigen Bürgermeistern schon verramscht worden ist. Z.B. kostete den Einwohnern der Stadt Sankt Augustin die Geldgier ihrer Verwaltung durch ein gescheitertes Cross-Border-Leasing mehr als Euro 50.000 (andere Schätzungen belaufen sich sogar auf Euro 230.000).

6.2. Regionale Wirtschaftskreisläufe

Probleme der Globalisierung existieren nicht nur im sozialen oder ökologischen Bereich. Das Auskonkurrieren der Beschäftigten steht für eine buchhalterische Mentalität, bei der die Kostenreduzierung die einzig akzeptierte wirtschaftliche Handlung ist. Es werden keine neuen Ideen entwickelt. Innovationen werden nicht mehr vermarktet, Das Resultat ist wirtschaftlicher Stillstand. Mit immer weniger Beschäftigten kann man eben keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert erzeugen.

Die Linke setzt dagegen auf das Konzept der Regionalisierung. Die Strategie zielt darauf, regionale Besonderheiten und Potenziale für neue Geschäftsideen zu erschließen.

Die Linke.Rhein-Sieg beabsichtigt Kernbereiche, auch Cluster genannt, zu definieren, die für die Entwicklung und Förderung Erfolg versprechend sind. Dazu zählen: Gesundheitswirtschaft, Verkehrswirtschaft, Kommunikations-, Medien- und Kulturwirtschaft. Wir werden Ideen für regionale Wertschöpfungsketten entwickeln, in denen wir Forschung, Entwicklung, Produktion und Vermarktung aufzeigen. Fördermittel müssen entsprechend ausgerichtet werden.

Die Linke. unterstützt Bündnisse handelnder wirtschaftlicher Subjekte, wie z.B. Unternehmen, Personen, staatliche Stellen, entsprechend der Strategie der EU, Regionale/lokale Wirtschaftspakte zu initiieren. Die Linke plant Förderprogramme die EFRE-finanziert (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) bzw. ESF-finanziert (Europäischer Sozialfonds) sind.

Diese Förderprogramme sollen nach den Schwerpunkten "Wirtschaftsdienliche Maßnahmen", "Lokales Soziales Kapital" und "Gemeinde Entwicklungsprojekte" gegliedert werden.

Die Linke.Rhein-Sieg fordert:

- Ein Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum
- Förderung und Entwicklung von regionale Wirtschaftskreisläufe, z.B. Anbau, Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung einheimischer Produkte, z.B. Obstanbauregion/ Biokraftstoffe (die nicht aus Nahrungsmitteln erzeugt werden)
- Bildung einer Koordinationsstelle für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure

6.3. Öffentlich-geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)

Der erste Arbeitsmarkt bietet immer weniger Menschen eine Perspektive. Besonders Langzeitarbeitslose sehen keine Chance auf eine Rückkehr in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Auf der anderen Seite werden gesellschaftlich notwendige Leistungen nicht oder nicht als bezahlte Arbeit erbracht. Grund sind die unzureichenden Gewinnerwartungen der Unternehmen.

Die Linke setzt daher auf das Konzept des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Im Gegensatz zum ersten Arbeitsmarkt ist das wirtschaftliche Ziel des Konzeptes kein Gewinn, sondern die Erwirtschaftung des eigenen Einkommens. Damit die Teilnehmenden nicht in ungesicherten Arbeitsverhältnissen leben, bietet das ÖBS die soziale Absicherung. Auch ein Nonprofitunternehmen kann das Risiko auf einem kalkulierbaren Niveau halten. Zur Finanzierung werden Mittel aus der bisherigen allgemeinen Wirtschaftsförderung verwendet. Die daraus entstehenden Arbeitsplätze sind sozialversicherungspflichtig.

Kreiswahlprogramm

Es ist unser Ziel, Arbeitsplätze für etwa 10 Prozent der Arbeitslosen im Rhein-Sieg-Kreis zu schaffen.

Es sind Kriterien festzulegen, welche Projekte durch den ÖBS gefördert werden. Für Die Linke.Rhein-Sieg sind dies folgende Punkte:

- Die weitgehende Sicherstellung der Unabhängigkeit des Einzelnen von weiteren Transferleistungen (Wahrung der persönlichen Würde durch Unabhängigkeit und Eigenverantwortung)
- Die Schaffung von Perspektiven für arbeitslose Menschen durch langfristige Fördermöglichkeiten (und damit Entwicklung neuer beruflicher Perspektiven)
- Die tarifliche Bezahlung in gesicherten Arbeitsverhältnissen (Anerkennung der geleisteten Arbeit, existenzsicherndes Einkommen)
- Initiierung, Stabilisierung und Verstetigung sozio-kultureller Projekte in den Kommunen

Daraus ergeben sich folgende Felder für Projekte:

- Verbesserung der Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft, beispielsweise die Stärkung der Mobilität des Einzelnen, Sicherstellung des Abbaus von Barrieren oder die Ausweitung von Serviceangeboten für Seniorinnen und Senioren
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Nachbarschaftsarbeit, soziale Infrastruktur)
- Unterstützung der Integration von Migrantinnen und Migranten
- Stärkung der kulturellen und schulischen Bildung
- Fahrgastbetreuung im Verkehrsverbund
- Mobilitätshilfsdienste

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- Die Einrichtung einer zentralen Stelle zur Koordination des ÖBS
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln (soziale Absicherung)
- Bereitstellung von zinsgünstigen Krediten

6.4. Demokratie im Unternehmen

Demokratie darf nicht vor den Unternehmenstoren halt machen.

Die Rechte der Mitarbeitenden müssen durch einen demokratisch gewählten Betriebsrat in den Unternehmen ausgebaut und durchgesetzt werden. Deren Rechte müssen in Zeiten, wo das Personal bis zum Gang auf die Toilette überwacht wird, geschützt werden. Auch die Kommunen müssen hierzu Ihren Beitrag leisten.

Der Rat lädt einmal im Quartal die ortsansässigen Betriebsräte zu einer Betriebsräteversammlung ein. Hierzu sollen die Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien oder ein Stellvertretung eingeladen werden. In diesen Sitzungen werden die Wünsche und Probleme der Betriebsräte gehört. Diese können dann in den Parteien weiter diskutiert werden. Der Rat gibt bei der nächsten Sitzung bekannt, welche konkreten Maßnahmen die einzelnen Parteien und der Rat mehrheitlich beschlossen hat.

Bei Unternehmen ohne Betriebsrat soll jährlich die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes überprüft werden. Überschreitungen müssen ausnahmslos geahndet werden.

Kreiswahlprogramm

Die Linke Rhein-Sieg. fordert:

- Die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Ausschusses von Menschen aus der Arbeit im Betriebsrat und aus der Kommunalpolitik.
- Einrichtung einer Stelle, die abhängig Beschäftigte bei der Einrichtung von Betriebsräten und der notwendigen Durchführung von Betriebsratswahlen unterstützt.
- Die Aufnahme der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes als Kriterium für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Ebenso sollen in den Kriterienkatalog die Punkte Mindestlohn und Tarifvertragstreue aufgenommen werden. Die Einhaltung der Kriterien ist verstärkt zu prüfen und anzuwenden.
- Gewerbeaufsichtsamt soll verstärkt die Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung kontrollieren.

7. Frieden

Krieg und Atomwaffen bedrohen uns weltweit. In Deutschland sind 20 Jahre selbst nach Beendigung des kalten Krieges immer noch amerikanische Atombomben gelagert.

Analog zu der Maxime, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, stellt sich die Linke quer gegen Kriegseinsätze vom Boden des Rhein-Sieg-Kreises aus, (z.B. Start von Kampfflugzeugen vom Flughafen Wahn oder Überflug des Gebiets).

Die LINKE tritt ein:

- Für den Beitritt von Bürgermeistern und -meisterinnen zum Bündnis „Mayors for Peace“, das von dem Bürgermeister von Hiroshima gegründet wurde. Es hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Welt bis 2020 atomwaffenfrei wird. Ihm gehören Stadtoberhäupter aus aller Welt an – in Deutschland 260. Von den 19 Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis traten 13 dem Bündnis bei. Leider gehören Siegburg und andere Städte trotz mehrmaliger Einladungen nicht dazu. Die Linke wird sich bemühen, dass auch diese Bürgermeister Mitglied werden. Die Bevölkerung vor diesen schrecklichen Waffen zu schützen ist die vornehmste Aufgabe eines jeden Stadtoberhauptes.
- Für die Kampagne „DENK-mal-VÖLKERRECHT“. Die Aktion wurde von Heidelberger Schülern ins Leben gerufen. Mit jeder Unterschrift unter den offenen Brief mit den Forderungen der Aktion Völkerrecht wird ein „Friedens-Baustein“ in einem symbolischen „Schutzwall für das Völkerrecht“ eingebaut. Dadurch wird jede Stimme, die für geforderte Einhaltung des Völkerrechts sowie die Abschaffung aller Atombomben steht, sichtbar gemacht. An vielen Plätzen der Welt wird an dem kontinuierlich wachsenden symbolischen „Schutzwall für das Völkerrecht“ mitgebaut, so auch in Siegburg. Die Linke wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass viele daran teilnehmen und der Schutzwall wächst und damit die Hoffnung, dass das Völkerrecht zukünftig eingehalten wird.
- für internationale Städtepartnerschaften. Sie fördern das gegenseitige Kennenlernen und das friedliches Zusammenleben.
- für den Stopp der Werbung für die Bundeswehr in kommunalen Einrichtungen, in Arbeitsämtern und in Schulen. Öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr auf kommunalen Plätzen lehnen wir ab.

8. Kultur

8.1. Grundlagen

Die Kulturpolitik der Linken des Rhein-Sieg-Kreises orientiert sich an ihrem demokratischen und sozialen Verständnis von einer lebenswerten Gesellschaft.

Kultur ist nicht ein konjunkturabhängiger Luxus, sondern Ausdruck menschlicher Lebensform. Im Mittelpunkt steht daher die Teilhabe der Menschen im Rhein-Sieg-Kreis am kulturellen Wirken. Die Linke Rhein-Sieg will die in vielen Generationen gewachsene kulturelle Vielfalt erhalten und neue Ideen fördern. Deshalb sind die kulturellen Erfahrungen und Werte der Migrantinnen und Migranten für die Linke eine Bereicherung des kulturellen Lebens im Rhein-Sieg-Kreis.

Besondere Aufmerksamkeit für die Linke hat das kulturelle Schaffen der Jugend und der älteren Generation und ihre Teilnahme am kulturellen Leben.

Daraus leiten sich die Grundhaltungen der Kulturpolitik der Linken Partei ab:

- kulturelles Leben durch Träger- und Themenvielfalt
- ideelle und finanzielle Förderung neuer künstlerischer Ausdrucksformen
- Beteiligung aller kulturell Interessierten durch intensive Bekanntmachung und Nutzung von regionalen, nationalen und europäischen Förderprogrammen

Durch Kultur und Kunst können Menschen ihre Kreativität entwickeln und entfalten. Sprache, Musik, Schauspiel, bildende Kunst, Bildung, Umgang mit moderner Kommunikationstechnik und Pflege des Brauchtums sind die Säulen unseres Kulturlebens.

In dem der Mensch die kulturellen Angebote nutzt, entwickelt er seine kreativen Möglichkeiten weiter und nimmt Teil am gesellschaftlichen Prozess der Demokratiewerdung. Neue Ein- und Ansichten beleben die Auseinandersetzungen für ein besseres Leben.

So lange der Mensch nicht durch die Arbeit, die frei von Entfremdung ist, zu sich selbst kommt, erfährt er durch kulturelle Teilhabe mehr über sich. Die so freigesetzte soziale Fantasie stärkt den Menschen auf seiner Suche nach einem gerechteren Leben.

8.2. Schwerpunkte

8.2.1. Breitenkultur

Breitenkultur bedeutet, dass die Menschen des Rhein-Sieg-Kreises ungeachtet ihres Einkommens, ihrer Herkunft oder ihrer sozialen Stellung Zugang zu den Angeboten der Volkshochschulen, der Stadtbibliotheken, der kommunalen Musikschulen und anderen geförderten Einrichtungen bekommen müssen. Breitenkultur ist Teil der Bildungspolitik und heißt für die Linke Rhein-Sieg: Kultur leben. Dabei legt die Linke Wert auf Differenzierung. Nicht alles, was auf Bühnen (ausländerfeindliche Witze) dargestellt, auf dem Bildschirm (menschenverachtende Starsuche) gezeigt wird, von den Leinwänden (Kriegsverherrlichung) flimmert oder aus den Boxen (Schwulen- und Frauenfeindliches) zu hören ist, ist förderwürdig.

Kreiswahlprogramm

Zu fördern sind kulturelle Angebote dann, wenn sie dem Menschen neue Wege eines friedlichen Zusammenlebens aufzeigen, seine Wahrnehmung der Welt bereichern und seine Fähigkeit zur Solidarität wecken. Zu dieser Solidarität gehört auch ein achtsamer Umgang mit unserer Welt – so wie er z.B. von vielen christlich Engagierten unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ verstanden wird. Die Linke.Rhein-Sieg würdigt ausdrücklich gleiches Engagement anderer Religionsgemeinschaften oder religionsfreier Menschen.

8.2.2. Migration

Unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen der Verständigungs- und Integrationspolitik ist für die Linke.Rhein-Sieg, dass die Eingewanderten ihre Kultur pflegen und nach Außen darstellen können. Nur die Wertschätzung der eigenen Kultur ermöglicht es, sich für andere Kulturen und neue Ideen zu öffnen.

8.2.3. Schwerpunkt Jugendkultur

Von besonderer Bedeutung ist für die Linke.Rhein-Sieg die kulturelle und künstlerische Entfaltungsmöglichkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die Linke unterstützt und organisiert daher Projekte, in denen sie ihr Verständnis von Kultur und Kunst selbst organisiert ausleben können. Ein wichtiges Projekt ist das seit Anfang der 1990er Jahre existierende Selbstverwaltete Jugendzentrum in Siegburg (SJZ). Dieses Jugendzentrum bietet Jugendlichen Raum, ihre Ideen und Vorstellungen zu verwirklichen. Initiativen für ähnliche Projekte werden von der Linken mit Sachverstand unterstützt und politisch begleitet.

Die Linke des Rhein-Sieg-Kreises unterstützt die Auslobung von Jugendmusik-, Jugendkunst- und Jugendliteraturwettbewerben. Neue Formen der Jugendkultur wie z.B. Graffiti, Handy-Filme, Stadt-Sticker, Poetry-Slam gehören in das Blickfeld einer modernen Kulturpolitik.

8.3. Forderungen

Die Linke.Rhein-Sieg fordert:

- Förderung der internationalen Kontakte der Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises, insbesondere die Verstärkung der Jugendkontakte und des Austausches von Künstlerinnen und Künstlern
- verstärkte Kooperation der Kommunen mit örtlichen Kulturinitiativen,
- mehr geförderte Ateliers und Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten, aber auch verstärkte Nutzung öffentlicher Einrichtungen und Gebäude für kulturelle Aktivitäten,
- die kulturelle Aktivität und das kulturelle Angebot für alle Altersgruppen zu fördern
- die Musikschulen, Volkshochschulen und Bürgerhäuser zu erhalten
- öffentliche Bibliotheken zu erhalten, neu aufzubauen und finanziell besser auszustatten
- die Kunst- und Musikerziehung in den Kindergärten und Schulen zu fördern
- neue künstlerische Ausdrucksformen ideell und finanziell zu unterstützen.
- Räume und Freiräume für „Nischenkultur“ zu erhalten und zu fördern

Kreiswahlprogramm

- selbstverwaltete Non-Profit-Kultureinrichtungen zu erhalten und zu fördern

9. Migrationspolitik

Migration - Bildung als Beitrag zur „Integration“

Etwa 12 Millionen Menschen, ca. 15% der Bevölkerung in Deutschland besitzen einen Migrationshintergrund.

Dazu gehören nicht nur die „Gastarbeiter“ der ersten Generation und deren Familien, sondern auch Spätaussiedler, sowie Asylsuchende die aufgrund von politischer- oder religiöser Verfolgung, als auch Menschen die aufgrund rassistischer- und ethnologischer Verfolgung zu Opfern in ihren Heimatländern geworden sind. Demnach können wir unter Migration nicht nur den Wechsel von einer Kultur in eine andere verstehen, denn all diese Menschen haben mit diesem Wechsel nicht nur positiven Erlebnisse mit vielen neuen und bereichernden Erfahrungen zu verzeichnen, sondern sie haben auch und gerade die Situation der rechtlichen Unsicherheit, dem Verlust und der Trennung von ihren Familien, von Ausgrenzung, von Sprachproblemen, der Diskriminierung und der unsicheren Zukunftsaussichten kennengelernt. Hinzu kommt das sehr häufig gerade Asylsuchende die Opfer von Folter und Misshandlungen geworden, was häufig bei ihnen zu starken psychischen Problemen geführt hat, welche sie erst zu bewältigen haben.

Zu beachten ist auch das Problem der zweiten und dritten Generation, die sich weder in ihrem Herkunftsland noch in Deutschland beheimatet fühlen.

Integration

- Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Sie fordert die Bereitschaft der Migranten, die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Vorgaben des Gastlandes zu akzeptieren und die der Alteingesessenen, das Fremde als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu sehen. Sie ist zu gleichen Teilen das Einfügen der Zuwanderer in die aufnehmende Gesellschaft und das aktive Aufnehmen eben dieser Gesellschaft. Das bedeutet aber, dass Integration sowohl die Teilnahme als auch die Teilhabe an dieser Gesellschaft mit einschließt. Grundlage für beides ist eine ausreichende Sprachkompetenz. Nur wer die Sprache beherrscht kann partizipieren.
- In der Erwachsenenbildung kann man in der Regel nur jene Menschen erreichen, die an sich schon bereit sind, sich auf interkulturelle Erfahrungen einzulassen. Bei ihnen kann man die positive Grundhaltung vertiefen, manchmal kann man auch Schwellenängste oder Klischees vorsichtig abbauen.
- Wirklich ansetzen muss man jedoch bei den Kindern: im Kindergarten und in der Schule. Dort sollten jene positiven Erfahrungen stattfinden, die es ermöglichen, die Heterogenität unserer Gesellschaft als Bereicherung und nicht als Gefahr zu sehen. Dort sollte den Kindern mit Migrationshintergrund gezeigt werden, dass es einen Weg gibt, die traditionelle Welt des Elternhauses mit der Aufnahmegesellschaft zu vereinbaren, dass ein Mehr an Integration keine Entfremdung vom Elternhaus bedeuten muss. Dass sie zwei kulturelle Systeme zur Auswahl haben, zwischen denen sie je nach emotionaler Situation hin und her pendeln können und dass ihre kulturelle Flexibilität eigentlich die Substanz für die Zukunft Europas ist.
- Doch auch Institutionen und soziale Gemeinschaften benötigen die Fähigkeiten des Zuhörens, des Wissens um Zusammenhänge, der Reflexion und Selbstreflexion, um mit den jeweils Anderen so zusammenzuarbeiten und

Kreiswahlprogramm

zusammenzuleben, dass sich daraus für beide Seiten Vorteile ergeben. Nur so kann ein kulturelle Bevormundung vermieden und ein Konsens darüber erreicht werden, welches Verhältnis von kultureller Autonomie und kultureller Integration das Zusammenleben von Gemeinschaften und die Zusammenarbeit von Organisationen bestimmen soll.

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- Das kommunale Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Deutschland leben
- Die Rechte der kommunalen Ausländerbeiräte sollen gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Integrationsrat gewählt wird, der die gleichen Rechte erhalten soll, wie ein Ausschuss des Kreis- bzw. Stadt- oder Gemeinderates. Dieser Integrationsrat besteht dann in seiner Mehrheit aus direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern und wenigen entsandten Mitgliedern des Stadtrates.
- Der Rhein-Sieg-Kreis muss eine Region werden, in der Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Wir wollen ihnen Sicherheit bieten, statt sie auszugrenzen.
- Weitere Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreis- und der Städt. Verwaltung für eine vorurteilsfreie und antirassistische Umgangsweise mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern.
- Einführung von Programmen zur Entwicklung „interkultureller Kompetenzen“ . Davon versprechen wir uns mehr professionelle Hilfestellungen im Umgang mit Migranten/innen. Diese Programme im Rahmen der beruflichen Weiterbildung sollten für die Angehörigen psychosozialer, pädagogischer oder medizinischer Berufe, sowie bei kommunalen Verwaltungsmitarbeiter/innen eine Selbstverständlichkeit werden. Die Angebote sollten von Kurzzeitseminaren bis hin zu universitären Lehrgängen reichen.

10. Antifaschismus

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Linke.Rhein-Sieg sieht sich fest verankert im antifaschistischen Widerstand. Daher unterstützt Die Linke.Rhein-Sieg alle Maßnahmen, die darauf abzielen, neofaschistische Aktivitäten zu verhindern, z.B. durch Demonstrationen oder Mahnwachen gegen faschistische Gruppen.

Die Gefahr, die von gewaltbereiten Neofaschisten im Rhein-Sieg-Kreis ausgeht, ist weiterhin vorhanden und löst Angst aus, wie vor einiger Zeit bei einem Vorfall in Windeck zu sehen war.

Die Linke.Rhein-Sieg ist der Meinung, dass dieser Einschüchterung entschieden entgegen getreten werden muss.

Die Linke Rhein-Sieg fordert:

- finanzielle Unterstützung von Programmen und Initiativen gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus und Jugendgewalt
- dass die Politik dieses Problem endlich ernst nimmt und öffentlich thematisiert.
- Straftaten Rechtsradikaler dürfen nicht als jugendlicher Übermut verharmlost werden.
- Hilfe für die Opfer